

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 RM., durch die Post monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM. Einzelne Nummern kosten 1 RM. Post- und Verbandsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsinterate werden nicht angenommen.

Glied  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum — Druck und Verlag von H. Gausmann & Co., Bochum, Wilmshausenstraße 24—26. Telefon-Nr.: 207. Telegraf-Nr.: 1102. Telegramm-Nr.: 1102. Bochum.

Auf die Schanzen, Kameraden!

Vollendet das gute Werk vom 12. Januar!

Kameraden! Arbeitsbrüder!

Die erste Schlacht ist glänzend geschlagen. Millionen und Übermillionen Wähler haben ihre Stimme abgegeben gegen die Volksbelastung und Volksentrechtung, gegen die offenen und gegen die verkappten Arbeiterfeinde. Der Aufmarsch der Reichstagswähler war diesmal von einer gewaltigen Wucht. Er war ein riesiger Volksprotest gegen die vom letzten Reichstag betriebene Politik. Noch ist sie nicht genau festgestellt, aber schon das vorläufige Gesamtbild der Stimmenabgabe am 12. Januar 1912 verkündet lauthallend, daß die gewaltige Mehrheit des Volkes einen Systemwechsel will. Würden die Reichstagsmandate nach dem Verhältnis der insgesamt abgegebenen Stimmen verteilt werden, dann wäre jetzt bereits die überagrarisch-volksrechtsfeindliche Mehrheit des vorigen Reichstages zusammengehauen. Das Volk hat sie gerichtet.

Über dem guten Anfang muß ein gutes Ende folgen. Was am Hauptwahltag so verheißungsvoll begonnen wurde, das muß am Stichwahltag vollendet werden. Der erste Wahlgang hat in über 180 Wahlkreisen die Entscheidung noch nicht gebracht. Deshalb muß über die endgültige Zusammenlegung des neuen Reichstages in den Stichwahlen das letzte Wort gesprochen werden, ebenso lauthallend das Volkes Willen verkündend, wie der gewaltige Massenaufmarsch am 12. Januar.

Für den Arbeitsmann ist es wirklich nicht schwer, am Stichwahltag die rechte Wahl zu treffen, mögen sich auch die vielen Kandidaten in süßen Redungen und verheißungsvollen Versprechungen überbieten. Für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist die Entscheidung in der Stichwahl federleicht. Wer die Stimmen der Arbeiter haben will, der muß dafür bekannt sein — oder sich dafür glaubwürdig verpflichten — daß er mindestens eintreten wird:

1. gegen jede weitere Erhöhung der Einfuhrzölle und des indirekten Steueraufbringens;
2. gegen jede Verschlechterung des Reichstagswahlrechts;
3. gegen jedes Ausnahmegesetz, sei es nun gegen eine bestimmte Volksgruppe, eine Klasse oder Gemeinschaft gerichtet;
4. gegen jede Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts, insbesondere gegen jeden Versuch, auf dem Umwege über ein sogenanntes „Arbeitswilligengesetz“ die Arbeiterorganisationen zu erdrücken.

Wer diese Mindestforderungen nicht vertreten will oder hinreichend verdächtig ist, trotz seines Versprechens jene Forderungen nicht zu verletzen, doch die Wünsche der Volksrechtsfeinde zu erfüllen, der kann und darf keine Arbeiterstimme erhalten!

Kameraden, eure wichtigsten Bürgerrechte sind außer Acht gelassen, wenn der neue Reichstag nach dem Herzen der Buck, Bir-dorf, Hilger und Genossen zusammengesetzt wird, worüber in den Stichwahlen die Entscheidung fällt!!! Täuscht euch selber nicht, laßt euch ja nicht durch glatte Worte und „treuherzige“ Versprechungen oder schmähliche Verleumdungen aufs Glatteis führen, wo ihr Hals und Bein zerbricht! Die Arbeiterwähler im Kreise Dortmund und Sörde haben die drohende Gefahr rechtzeitig erkannt und den „nationalen“ Kandidaten der Heiden- und Güttenbesitzer, den Ober-Scharfmacher Dr. Leidig, Berlin schon glatt auf den Sand gesetzt! Er kommt nicht einmal in die Stichwahl! Ein Bravo den Wählern, die den Reichstag vor einem Dr. Leidig bewahrt haben. Ein Bravo im voraus auch allen Wählern, die am Stichwahltag überall keine Bahn machen mit den offenen und verkappten Gesinnungsgenossen des Ober-Scharfmachers Dr. Leidig! Ein un-

widerstehlicher Volkssturm muß sie hinwegfegen zum Geiße der Gesamtheit des Volkes!

Wir erwarten ganz besonders von den Bergarbeitern, die bereits am 12. Januar treffliche Arbeit geleistet haben, daß sie am Stichwahltag ihre ganze Kraft einsetzen, um den Agenten des Scharfmachertums eine vernichtende Niederlage beizubringen.

Kameraden! Vollendet, was ihr am 12. Januar ausgezeichnet begonnen habt. Es geht aufs Ganze! Es geht um euer Wahlrecht, um euer Vereins- und Versammlungsrecht! Täuscht euch selber nicht! Laßt euch nicht irreführen von euren geborenen Feinden!

Die Gefahr erkennen heißt sie überwinden. Laßt euch nicht vorreden, es sei „so schlimm nicht“. Kameraden, leset im folgenden, was über die Bedeutung dieses Wahlkampfes von dem „Bergarbeiter“, dem Organ des Sächs.-Dunkerschen Gewerksvereins, geschrieben wird:

„Die Bestrebungen der Scharfmacher auf eine neue Justizhausvorlage haben wir schon erwähnt. Und in dieser Bewegung liegt Gefahr. Es droht keine Vorstandsänderung oder sonstige Zusammenkunft in diesen Verbänden, worin nicht die Forderung nach vermehrtem Schutz der „Arbeitswilligen“ gestellt wird. Vor allem hat man es auf ein Verbot des Streikverbotens abgesehen. Die Polizeibehörden tun ja schon in dieser Beziehung, was sie nur immer tun können; das genügt den Scharfmachern aber noch nicht. Dabei läßt diese Gesellschaft selbst den größten Terrorismus aus, wie wir dies öfteren nachweisen konnten. Auch an anderer Stelle dieser Nummer bringen wir ein Vorkommnis aus dem Baugewerbe, das uns zeigt, wie die Unternehmer vorgehen, wenn sie die Macht haben. Und diese jammen dann nach Justizhausvorlagen, wenn ein streikender Arbeiter einen Arbeitswilligen über die Verhältnisse in einem bestreiten Betriebe aufklärt und an sein Solidaritätsgefühl appelliert.“

Gerade nach dieser Seite hin haben die Arbeiter die Augen offen zu halten bei den jetzigen Reichstagswahlen. Gerade von diesen Wahlen hängt für die Arbeiter sehr viel ab. Im Bundesrat scheint nach einer Erklärung des sächsischen Ministers des Innern in der zweiten sächsischen Kammer Stimmung für eine Beschränkung des Koalitionsrechts vorhanden zu sein.

Da gilt es denn, Abgeordnete zu wählen, die es als Kandidaten für eine Beileidigung auffassen, wenn man sie wegen ihrer Stellung zum Koalitionsrecht interpelliert. Diese Interpellation ist aber notwendig, da es auch außer dem schwarz-blauen Bloß Kandidaten gibt, die für ein Koalitionsrecht eintreten, das sich in „vernünftigen Grenzen“ hält. Was das heißt, nachdem die Unternehmer ungeniert und ungehindert den größten Terror spielen lassen, bedarf erst keines Nachweises. Alle die, die für ein Koalitionsrecht eintreten, das sich in „vernünftigen Grenzen“ hält, sind Freunde der gelben Werkvereine und Feinde der bestehenden Arbeiterorganisationen, die im Streit das letzte Mittel sehen. Solche Koalitions-„Freunde“ dürfen unter keinen Umständen von Arbeitern unterstützt werden. Wer einen solchen unterstützt, gehört zu denen, von den ein Sprichwort sagt:

Rur die allergrößten Räuber wählen ihren Wegger selber!“

Leset dies aufmerksam durch, Kameraden, es ist der Warnruf eines Mannes, der nicht auf sozialdemokratischem Boden steht. Er hat aber mit klarem Blick die der Arbeiterschaft drohenden Gefahren erkannt und erhebt seine warnende Stimme. Wählt auch keinen Kandidaten, der unter der Maske eines „nationalen Arbeitervertreters“ die Geschäfte der nach einem Justizhausgesetz lästernen Scharfmacher besorgen soll!

Noch eine Stimme soll zu euch schallen, eine Stimme aus den Reihen der technischen Industriellen Beamten. In der „Industriebeamten-Zeitung“ ließ sich der Warner bereits vor der Hauptwahl wie folgt vernehmen:

„Wir erwarten von jedem Angestellten, daß er in dieser ersten Stunde sich seiner Pflicht als Angestellter und Arbeitnehmer bewußt ist. Die Gefahr, die von einem Ausbruch des Koalitionsrechts droht, ist für die Angestellten unermesslich. Und diese Gefahr ist heute wieder einmal in greifbarer Nähe gerückt. Aber wir dürfen mit unserer Verteidigung nicht warten, bis der Angriff da ist, denn die Entscheidung über die Verwirklichung der scharfmacherischen Pläne

fällt letzten Endes bereits bei den Wahlen am 12. Januar. Von der Zusammenlegung des kommenden Reichstages hängt es ab, wie weit das Arbeitgeberium auf eine Verwirklichung seiner Hoffnungen rechnen kann. Darum achte jeder Angestellte darauf, wenn er seine Stimme gibt, nachher werden alle Proteste zu spät sein. Unser Kampfruf bei den kommenden Wahlen lautet: Für das Koalitionsrecht!“

Hört es, Kameraden, wie der Warner ruft! Denkt nach, wohin es mit der Arbeiterschaft kommt, wenn euch das ohnehin noch mit Fingerringen umstellte Vereinsrecht ganz geraubt wird! Dann werdet ihr elende Sklaven, über die ein gefühlloser Ausbeuter die Peitsche schwingt! In den Staub werdet ihr dann getreten, den wunden Rücken müßt ihr krümmen vor den Schergen des rücksichtslosesten Kapitalismus!

Traurig genug, daß immer noch so viele Arbeitsbrüder den Grund noch nicht erkennen, vor den sie durch ihre Leichtgläubigkeit und Gleichgültigkeit geführt worden sind. An euch, Kameraden, die ihr aufgewacht seid, ist die dringende Mahnung gerichtet, mit kameradschaftlichem Buzeden und sachlicher Belehrung unsere in die Irre geleiteten Klassenossen aufzuklären über das, was für alle Arbeiter auf dem Spiele steht! Es ist Zeit, den Kameraden die Augen zu öffnen, damit sie sich nicht zu den Rälbern gesellen, die ihre Wegger selber wählen. Diese Erweckung der Schlafenden muß geschehen, wenn auch große Mühen zu überwinden sind! Es gilt, am Stichwahltag glänzend das zu vollenden, wozu am 12. Januar der vortreffliche Anfang gemacht worden ist.

Darum auf die Schanzen, Kameraden!

Das arbeitende Volk muß mit unüberstehlicher Macht aufstehen für sein bedrohtes Recht. Das Volk muß im Sturm die schon fast gewonnenen feindlichen Stellungen ganz erobern und den unentzweifelbaren Sieg an die Fahne des arbeitenden Volkes heften. Das Volk ist stark und unbeflegbar, wenn es will. Wolle es, Volk der Arbeit! Nichts dich rasselnd in die Höhe! Zeige deinen Feinden deine wuchtige Größe, ihnen wird dann der Glaube, dich bezwingen zu können, dahinschwinden.

Kameraden, Arbeitsbrüder, zum Sturm ruft auch der Post, dem das ewig junge Herz stürmisch pocht in Erwartung des siegreichenden Entscheidungskampfes! Zum Sturm für das Volksrecht, zum Sturm auf die Burgen des Unrechts! Vorwärts, vorwärts, Arbeitsbrüder!

Noch einmal, ihr Knappen, zum Sturm, zur Schlacht! Heran aus der Tiefe, hervor aus dem Schacht! Den Sieg euch zu holen im wogenden Kampf, Doch ohne Kanonen und Rossfestampf. — Ihr Knappen, noch einen vernichtenden Schlag, O glaubt nur, der Gegner ist matt schon und zag, Nur einen, dann habt ihr die Schanzen erstürmt Und siegend das Banner der Freiheit gefürmt. —

Ihr brecht ja die Felsen, bezwingt das Gestein, So brecht auch das Bollwerk, das letzte noch ein — Der Wahlkreis ist unser, das ist keine Frag, Vollführt ihr den letzten vernichtenden Schlag. — Heran denn, ihr Knappen; zum Sturme, zur Schlacht! Heran aus der Hütte, hervor aus dem Schacht! Ihr kämpft ja tagtäglich in Nebel und Dampf, Er kämpft auch der Freiheit den Sieg heut' im Kampf! —

Die Dauer des Zollsystems.

In dieser Wahlzeit hat man vieles über „Schutzoll oder Freihandel“ zu lesen und zu hören bekommen! Personen, die noch nie ein handelspolitisches Lehrbuch zur Hand genommen haben, oraleten über die Folgen der Beseitigung der Schutzzölle, als ob sie eine Einrichtung für die Ewigkeit seien. Schon der Wortlaut „Schutzoll“ weist doch darauf hin, daß über die Schutzzölle je nach der Schutzbedürftigkeit des betreffenden Gewerbes zu entscheiden ist. Wer das Schutzollsystem oder auch das Freihandelsystem als für alle Gewerbezweige, für alle Zeiten passend hinstellt, der hat keine Ahnung von den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten, oder er verfolgt krassen egoistischen Interessen.

Bekannt ist, daß der bayerische Bauernführer, Zentrumsgewerkschafter Dr. Seim, vor dem starren Festhalten an unserem Zoll- und Grenzperrensystem dringend gewarnt hat. Er empfahl die sofortige Aufhebung der Futtermittelzölle, damit den Bauern die Viehzucht verbilligt würde. Auch empfahl Dr. Seim die Zulassung der Einfuhr von Fleisch aus Amerika, Australien usw. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes für britische Bergarbeiter überreichte am 10. Oktober 1911 dem Reichstag eine Petition, worin gebeten wird um

1. Erleichterung der Zufuhr von Futtermitteln für die Landwirtschaft.
2. Versuche mit der Einfuhr von Getreidefleisch, Aufhebung des Verbots (!) der Einfuhr von Wälschfleisch und Hartwurst, weitere Öffnung der Grenzen zur Erleichterung der Vieheinfuhr.
3. Verbilligung der Einfuhr von Gemüsen.

Was die Gewerkschaftspetition verlangt, ist nichts anderes als die Durchbrechung des starren Zoll- und Grenzperrensystems! Mit der Aufstellung dieser Forderung erkennt der Gewerkschaftsvorstand an, daß dieses System unsere Volksernährung erschwert und verteuert. Etwas anderes behaupten die Sozialdemokraten auch nicht. Was ist kein sozialdemokratischer Politiker bekannt, der für die glatte Beseitigung aller Schutzzölle oder für Einfuhr von fremdem Vieh und gesunden heilschädlichem Fleisch eintritt! Das wollen nicht einmal die prinzipiellen Freihändler in der linksliberalen Partei. Jeder halbwegs Gebildete weiß, daß die alsbaldige unterschiedslose Abschaffung aller unserer Einfuhrzölle zu einem wirtschaftlichen Strach führen würde. Ganz etwas anderes aber ist es mit der von sozialdemokratischer Seite, dann von Herrn Dr. Seim und nun auch vom Vorstand des Zentrumsgewerkschaftsbundes befürworteten Wälderung des starren Systems, d. h. der alsbaldigen Ermäßigung derjenigen Einfuhrzölle, deren Beseitigung nachweislich dem angeblich geschützten Gewerbezweig nichts oder nichts wenig nützt, eher schadet und die Lebenshaltung des Volkes — damit auch die Selbstkosten der heimischen Produktion! — mehr verteuert als durch Lohn-erhöhungen erzielt wurde.

Wir haben in Deutschland nicht nur landwirtschaftliche Betriebszweige, die besser ohne „Zollschutz“ gedeihen können — die Viehzucht der Klein- und Mittelbauern wird durch die Futtermittelzölle erschwert! — sondern auch von den Industriezweigen sind längst nicht mehr alle für die Industrie notwendig und unbringend. Hat doch sogar die Zentrumsfraktion vor zwei Jahren im Reichstag angeregt, die zollfreie Einfuhr von Rohseifen und Salpeter durch Ausgabe von Einfuhrscheinen zu ermöglichen! Auch das würde einen „Abbruch des Systems“ einleiten. Also selbst im Zentrum weiß man, daß unser starres Zoll- und Grenzperrensystem nicht von ewiger Dauer sein kann.

Diese Erkenntnis wird nun auch von einer Seite ausgesprochen, die stets für volle Aufrechterhaltung der Zölle kämpfte, von der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“. Sie läßt sich unterm 5. Januar d. J. von ihrem Berliner Mitarbeiter schreiben:

„Bei den Eisenbahnen beginnt es zu wackeln. Man erzählt an der heutigen Wälderung auch die Eisenzollfrage. Die Nachricht, daß Amerika eine Ermäßigung der Eisenzölle plant, ist viel besprochen worden. Aber man hat diese Ankündigung merkwürdigerweise ungläubig geäußert. Gewiß würde ein Vorgehen Amerikas in dieser wichtigen Frage auch auf Deutschland zurückwirken. Deutschland würde dann über kurz oder lang seine Eisenzölle ebenfalls herabsetzen müssen. Aber eine Ermäßigung der deutschen Eisenzölle würde unserer Eisenindustrie nichts schaden, denn bei dem Preise, der heute auf dem freien Markt ist, sind die Zölle, die wir haben, praktisch doch wirkungslos. Es werden nicht ausgenutzt, weil die Tendenz in der Industrie auf niedrige Preise geht, denn man will die Eisenproduktion unterbringen. Die Werte müssen ihre Anlagen voll beschäftigen. Das ist für sie die Hauptsache. Aber noch ist es nicht so weit, daß eine Ermäßigung oder Abschaffung unserer Eisenzölle in Angriff genommen wird.“

„Noch ist es nicht so weit“ — aber man erörtert bereits die Ermäßigung der Eisenzölle und geht ein, sie würde der Eisenindustrie nichts schaden. Leicht begreiflich! Als die Eisenzölle eingeführt wurden, stand unsere Eisenindustrie im Kampf mit der noch übermächtigen britischen Konkurrenz. Heute hat die deutsche die britische Eisenindustrie weit überflügelt, bedarf eines stark steigenden Auslandsabzuges, den unser starres Zollsystem nicht begünstigt. Wenn eine Industrie sich so entwickelt hat, ist der „Schutzoll“ mindestens überflüssig geworden. Es muß dann untersucht werden, welche Zölle herabgesetzt oder schließlich ganz beseitigt werden können, ohne die heimische Volkswirtschaft zu schädigen. Das ist des Pudels Kern. Das Schlagwort: „Für Schutzoll oder für Freihandel“ verwirrt nur die Köpfe. Als die deutsche Landwirtschaft noch weit mehr als den Inlandsverbrauch an Nahrungsmitteln produzierte, erklärten sich ihre Vertreter für vollständigen Freihandel, um nicht durch Einfuhrerleichterungen an der Ausfuhr ihres Produktionsüberschusses gehindert zu sein. Heute müssen wir unbedingt vom Auslande viele Nahrungsmittel einführen, jetzt behaupten die gewöhnlichen Landwirtschaftsverbände, ohne einen starren, lückenlosen Zolltarif ginge die Landwirtschaft zugrunde. Daß dies nicht zutrifft, haben weniger gewöhnliche Bauernvertreter schon an dem Beispiel der Futtermittelzölle bewiesen.

Von den Industrievertretern sind gerade die Vorführer der am weitesten entwickelten kapitalistischen Eisen- und Stahlindustrie bis jetzt die zügigsten Befürworter eines Hochschutzzollsystems gewesen, obgleich gerade diese Industrie die ausländische Konkurrenz am wenigsten zu fürchten hat. Allmählich wird aber auch in diesen Kreisen die vernünftige Ansicht zum Durchbruch kommen, daß der Schutzoll nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel zum Zweck der Industrieentwicklung, keineswegs eine dauernde Einrichtung sein kann. In England arbeitet die konservative Partei mächtig für die Erhebung von Einfuhrzöllen auf Industrieprodukte; sie beruft sich dabei vor allen Dingen auf das deutsche Zollsystem. Kommen die Konservativen in England wieder zur Herrschaft, so ist es mit dem Freihandel drüben bald zu Ende. Dann aber ist Deutschland der Leidtragende, denn unsere Ausfuhr würde durch den Uebergang Englands vom Freihandel zum Schutzollsystem schwer getroffen! In England ist durch die im 1903 erhobten deutschen Zölle die Bewegung für Abschaffung des Freihandels mächtig erlärkt, wie es ja seitdem Deutschland immer schwerer geworden ist, mit den für seine Warenzufuhr wichtigsten Auslandsstaaten zu guten Handelsverträgen zu kommen. Dieser Zustand wird um so schlimmer, je mehr sich Deutschlands Industrie auf Waren-

ausfuhr einrichten muß und seinerseits das starre Zoll- und Grenzperrensystem aufrechterhält.

Das ist eine Frage von entscheidender Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Darüber kommt man mit sinnlosem Parterlavapp von dem „bewährten Wirtschaftssystem“ nicht hinweg. Es ist nicht zuletzt für die Gewerkschaften von Bedeutung, ob allen schiedlichen Erfahrungen zum Trotz an dem System der Grenzabperrung hart festgehalten wird, oder ob man sich entschließt, gewisse, insolge unserer volkswirtschaftlichen Entwicklung erfahrungsgemäß überflüssige, ja schädlich gewordenen „Schutzzölle“ vorerst zu ermäßigen, eventuell ganz zu beseitigen. Kein denkender Gewerkschaftler wird ohne weiteres die glatte Beseitigung aller Einfuhrzölle fordern. Was aber gefordert werden muß, das ist die Abkehr von einer Zollnerlei, die ohne Rücksicht auf die allgemeinen Volkswirtschaftsinteressen und auf die tatsächliche Schutzbedürftigkeit der betreffenden Gewerbezweige lediglich zum heftigsten Nutzen gewisser Kräfte und „Stände“ aufrechterhalten wird.

Vor dem Generalstreik der britischen Bergarbeiter.

London, den 11. Januar 1912.

Die allgemeine Erwartung, daß sich die überwältigende Mehrheit der britischen Bergarbeiter in der eben stattfindenden Abstimmung für den Generalstreik aussprechen werden, scheint durch die Ereignisse bestätigt zu werden. Das Gesamtergebnis soll auf der am 18. Januar in Birmingham stattfindenden Konferenz bekannt gemacht werden. Doch sind schon einzelne Resultate an die Öffentlichkeit gelangt. So wird berichtet, daß die Arbeiter der Rede Standard im Rhonddale mit 803 gegen 84 Stimmen für den Generalstreik eintraten. Das Resultat von drei Distrikten in Nord-Durham lautet: 1470 für und 288 gegen den Generalstreik.

Der Vorsitzende der Föderation, Kamerad Edwards, hofft noch immer, daß die Minimallohnfrage auf friedlichem Wege ohne einen Kampf gelöst werden wird. Der Vizepräsident der Föderation, Kamerad Smilie, ist jedoch der entgegen-gesetzten Ansicht. Am 9. Januar hielt er in Darhull (Schottland) eine bemerkenswerte Rede. Er sagte, der Vorsitzende des schottischen Arbeitgeberverbandes, Herr Muosh, habe ihm erklärt, daß die Gewährung der Bergarbeiterforderungen den Arbeitgebern zwischen 300 000 und 400 000 Pfund Sterling (9 bis 12 000 000 Mark) jährlich kosten würde. Das sei nach seiner (Smilies) Ansicht einer der besten Gründe, weshalb die Forderungen bewilligt werden sollten. Er glaube, daß die Bergarbeiter in ganz Großbritannien für den Generalstreik stimmen würden. Die Zeit der lokalen Kämpfe sei vorüber oder sollte vorüber sein. Er zögere nicht, den schottischen Bergarbeitern zu empfehlen, einstimmig für den Generalstreik einzutreten. Bis heute hätten viele Arbeitgeber die Bergarbeiter nur auf die Probe gestellt, um zu sehen, ob sie es ernst meinten. Gewiß würden es die Arbeiter vorziehen, die Streikfrage ohne Arbeitseinstellung zu lösen, aber das durch unzureichende Löhne erzeugte Elend könne nicht weiter fortbestehen. Während die Löhne vielen Familien keine anständige Existenz gestatteten, hätten die Rechen ungeheure Gewinne abgeworfen. In vielen Betrieben erhielten die Aktionäre mehr als den Gesamtlohn der beschäftigten Arbeiter. Während der letzten Streikzeit in Schottland sei darauf hingewiesen worden, daß in den vorausgehenden 10 Jahren 7 1/2 Millionen Pfund Sterling (155 Millionen Mark) von den schottischen Gruben in verfallene Kapital betrage nur 7 1/2 Millionen Pfund Sterl. (150 Mill. Mark). Diese Ziffern bewiesen, wie gut die Industrie imstande sei, den Minimallohn zu bezahlen. Er glaube nicht, daß der Kampf lange dauern werde oder daß er viel Elend und Entbehrung für die Bergarbeiterfamilien mit sich bringen werde. Auf jeden Fall halte er es aber für besser, der Not und Entbehrung auf kurze Zeit ins Gesicht zu schauen, als die herrschenden Verhältnisse fortbestehen zu lassen. Auf einer Konferenz habe ihn der Minister Churchill gefragt, was geschehen würde, wenn die Arbeitgeber die Forderungen der Bergarbeiter nicht bewilligten. Er habe dem Minister geantwortet, daß dann wahrscheinlich auf allen Zechen in Großbritannien die Arbeit niedergelegt werden würde. In 14 Tagen würden aller Wahrscheinlichkeit nach die Eisenbahnen aus Mangel an Kohlen den Betrieb einstellen, in drei Wochen würden auch die Gasanstalten schließen müssen. Man werde weder Elektrizität noch Gas haben; die Fabriken würden wegen Kohlenmangels in einem Monat schließen müssen und in sechs Wochen würden alle Dreadnoughts zum alten Eisen gehören. Herr Churchill habe ihm darauf erwidert, daß die Regierung ein Gesetz schaffen werde, um dies zu verhindern. Er habe dem Minister aber entgegnet, daß alle Gesetze der Regierungen die Bergarbeiter nicht zwingen könnten, zu arbeiten, wenn sie entschlossen wären, die Arbeit ruhen zu lassen. (Lauter Beifall.) Er wünsche ehrlich und aufrichtig, solche Zustände zu vermeiden. Wenn die Bergarbeiter jedoch gezwungen würden, die Zechen stillzulegen, dann könnte das Volk wohl zur Ansicht gelangen, daß die Bergwerksindustrie zu wichtig sei, als daß man sie noch länger in den Händen von Privateigentümern lassen könnte, die sich von Zeit zu Zeit mit den Arbeitern zankten und die Industrien des Landes zum Stillstand brächten. Dann könnte die Forderung aufstehen, daß die Zeit für die Verstaatlichung der Bergwerke und deren Betrieb zum Nutzen des ganzen Volkes reif sei. Manche glaubten noch, daß der Streik ohne Kampf beendet werden würde. Das sei nicht seine Ansicht. Er warne die Bergarbeiter, sich auf das Schlimmste gefaßt zu machen.

In Bezug auf die Frage, was mit den alten und kränklichen Arbeitern unter dem Minimallohn geschehen werde, hat der Kamerad Smilie folgendes erklärt: Das Exekutivkomitee der Föderation schlägt die Einsetzung eines gemeinschaftlichen Komitees vor, das aus einer gleichen Zahl Arbeitgeber- und Arbeitervertreter bestehen soll. Dieses Komitee soll entscheiden, ob ein alter oder kränklicher Arbeiter den Minimallohn weiterhin beziehen soll. In jedem Falle muß der Arbeitgeber den Beweis für die geringe Arbeitsfähigkeit eines Arbeiters beibringen.

Die Fähigkeit der Föderation, die finanziellen Mittel für den Generalstreik aufzubringen, hängt natürlich nicht in letzter Hinsicht davon ab, wie schnell die großen Aktiva der Vorstände

realisiert werden können. Sicher ist jedoch, daß die britische Föderation den Kampf mindestens acht Wochen aushalten kann, ohne andere Organisationen um Hilfe anzugehen. Die erste Hilfe würde jedoch wohl nicht finanzieller Natur sein. Es ist hier bekannt, daß Leute in kontinentalen Hafenstädten mit dem Gedanken umgehen, während des Streiks große Mengen Kohlen nach England zu verschiffen. Dieser Plan dürfte jedoch von Anfang an von dem englischen Transportarbeiterverband, der sich in den letzten Monaten mächtig entwickelt hat, durchkreuzt werden.

In Süd-Wales droht jetzt auch ein Streik der Grubenmaschinenisten, Geizer und Mechaniker. Der Verband dieser Arbeiter ist unabhängig von dem süd-walisischen Bergarbeiterverband. Vor einiger Zeit forderten die Mechaniker einen Minimallohn für alle Mitglieder des Verbandes. Die Arbeitgeber haben nun geantwortet, daß sie diesem Verlangen nicht stattgeben könnten; sie haben Lohnaufbesserungen für die Zukunft versprochen. Die Antwort hat die Arbeiter jedoch nicht befriedigt. Der Verband hat beschlossen, eine Abstimmung über den Generalstreik vorzunehmen, und empfindet seinen Mitgliedern, für den Generalstreik zu stimmen. Sollte es daher in Süd-Wales noch in letzter Stunde zu einer Einigung zwischen den Bergarbeitern und den Werksbesitzern kommen, so werden die Zechen trotzdem wegen des Streiks der Grubenmaschinenisten, Geizer usw. schließen müssen. J. K.

Volkswirtschaftliche Mündigkeit.

Freiherr v. Berlepsch über die Lage der Arbeiter.

Der preussische Staatsminister a. D. Freiherr v. Berlepsch, führte in einem Vortrage in Jena im Jahre 1908 über die Lage der Arbeiter u. a. aus:

„Es lebt nicht mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter in befriedigenden Auskommenverhältnissen; die Hälfte kann zur Not auskommen, ist jedoch durch Krankheit und Arbeitslosigkeit häufig gefährdet; der übrige Teil lebt unter Verhältnissen, die als völlig ungenügend anzusehen, für den Unterhalt einer Familie zur kräftigen Ernährung und hinreichenden Wohnung unzulänglich ist. Die Arbeitszeit ist auch nicht als befriedigend anzusehen, weder für Männer, noch für Frauen, jugendliche Arbeiter oder Kinder. Die rechtliche Lage der gewerblichen Lohnarbeiter hinsichtlich des Koalitionsrechts, der Nichtsfähigkeit der Berufsvereine, der Handhabung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden ist gleichfalls unbefriedigend. Die Teilnahme der gewerblichen Lohnarbeiter an öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, an der Gesetzgebung und Verwaltung, an der Interessenvertretung für die Berufsstände steht teils überall, teils in großen Teilen des Reiches, hinter den anderen Klassen der Bevölkerung zurück. Daher muß die Frage, ob die Lage der Gruppe der Lohnarbeiter, ihre Stellung in der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung den Ansprüchen genügt, welche Gerechtigkeit und Billigkeit in der Gegenwart in einem kulturell so hoch entwickelten Staatswesen wie das Deutsche Reich ist, ihr zu weisen müßte, verneint werden.“

Wer trägt die Gut- und Mutter?

Im Staatslexikon, das unter Mitwirkung von Sachleuten im Auftrage der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland von Dr. Julius Bachem herausgegeben wurde, wird im Artikel „Militarismus“ unter anderem ausgeführt:

„Die moderne Kriegsbereitung beansprucht also die besten Kräfte des Volkes und entzieht sie schon im Frieden, noch weit mehr aber im Kriege der produktiven Arbeit. Der bewaffnete Frieden legt den Vätern ungeheure Kosten auf... Nicht minder empfindlich, aber gar nicht mit Sicherheit zu schätzen sind die mittelbaren Lasten... Welche Opfer an Blut und Gut vollends ein künstlicher Krieg zwischen Weltmächten mit ihren Millionenheeren und ihren gewaltigen Kriegsstollen erfordern wird, läßt sich nur mit Entsetzen denken... Weist es nicht, durch rasche Siege den Krieg in kurzer Zeit zu beendigen, so müssen die Hissquellen auch reichlicher Länder vollständig erschöpft werden. Der Militarismus zehrt im Frieden am Wohlstand der Völker und führt sie im Kriege ihrem wirtschaftlichen Untergang entgegen. Der Militarismus beeinflusst die Kultur in nachteiliger Weise und schädigt Gesellschaft und Staat. Kaum läßt sich ein größeres Opfer denken, als daß Eltern den Sohn, den Gehilfen bei der Arbeit und Mithelfer einer oft zahlreichen Familie, auf Jahre dem Staate abtreten, oder daß Weib und Kinder den Ernährer fortziehen sehen in den blutigen Krieg, um ihn vielleicht für immer zu verlieren. Dieses Opfer trifft nun weniger die Erzherrn und Reicheren, als die Kleineren und Mittleren, am meisten aber den Landmann und Hauswerker.“

Der Artikel ist verfaßt von Siedenberger und revidiert vom Reichstagsabgeordneten Gröber. Das Zentrum weiß also, wer die Opfer des Krieges und des Militarismus zu tragen hat, aber es hält den Landmann, den Handwerker, den Kleinen und den Mittleren immer neue Opfer an persönlichen Lasten, an Mutterweinen auf. Und seine „christlichen“ Arbeiterorganisationen läßt es mit den antisemitischen „nationalen“ Agenten der Kanonenerlieferanten in die Reihe der Kriegsbeger treten.

Nus Zölle und Steuern

auf Nahrungs- und Genussmittel fließen in die Reichskasse pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1910 (nach amtlicher Berechnung):

| | |
|------------------------------|----------|
| Für Getreide | 8,72 Mk. |
| „ Kaffee und Zusatz | 1,55 „ |
| „ Petroleum | 1,20 „ |
| „ Butter und Margarine | 0,13 „ |
| „ Schmalz | 0,13 „ |
| „ Rind- und Schafvieh | 0,13 „ |
| „ Reis | 0,11 „ |
| „ Fleisch und Fleischextrakt | 0,09 „ |
| „ Käse | 0,05 „ |
| „ Gewürze | 0,06 „ |
| „ Hülsenfrüchte | 0,06 „ |
| „ Eier | 0,06 „ |
| „ Heringe | 0,06 „ |
| „ Tee | 0,04 „ |
| „ Schweine | 0,02 „ |
| „ Speiseöle | 0,01 „ |
| „ Branntwein | 2,39 „ |
| „ Bier | 2,28 „ |
| „ Tabak | 1,72 „ |
| „ Zigaretten | 0,34 „ |
| „ Zucker | 2,45 „ |
| „ Salz | 0,92 „ |

Für 22 Artikel zusammen 18,15 Mk.

Die Reichskasse nahm also in einem Jahre von 22 Artikeln der Massenkonsums von jedem Einwohner des Reiches, Kind, Frau, Mann oder Greis, 18,15 Mk. ein. Dazu muß man noch etwa 10 Prozent, das sind 1,80 Mk., als Erhebungskosten draufschlagen.

Danach kann sich jeder Familienvater selbst berechnen, wieviel er für seine Familie nur allein für die genannten Artikel an Steuern im Jahre in die Reichskasse bezahlt.

Dabei sind es selbstverständlich die genannten Artikel nicht allein, von denen Zoll oder Steuern erhoben werden. Gibt es doch in Deutschland fast keinen Verbrauchsartikel, der nicht verzollt oder versteuert wäre.

Die Steuern, die in die Reichskasse fließen, ist aber die Besteuerung des deutschen Arbeiters noch nicht erschöpft.

Die Getreidezölle z. B. sind Schutzzölle, das heißt, ihr ausgedehnter Zweck ist weniger die Füllung der Reichskasse, sondern in erster Linie die Gewährleistung eines hohen Preises für das im Inlande gebaute Getreide.

Dah der Preis des Getreides in der Regel im Inlande um ungefähr so viel teurer als im Auslande ist, wie der Zoll beträgt, wird zwar von den Lobrednern des Brotzollens mit allen möglichen Scheinmanövern zu verschleiern versucht.

In den Volksschriften, die die Reichsregierung 1902 dem Reichstage zur Begründung der Zollgesetze vorgelegt hat, ist zahlenmäßig dargestellt, daß das ausländische Getreide, sobald es aus dem Zollbereich der deutschen Getreidebehörden, wo es noch unverzollt lagert, heraus über die Zollgrenze gebracht wird, fast genau um den Zollbetrag höher im Preise steht, als vorher unmittelbar vor der Zollgrenze in unverzolltem Zustande. Also an gleichen Orten, beispielsweise in Danzig, ehe es die Zollgrenze überschreitet, wird das Getreide um den Zollbetrag billiger verkauft, als nach Ueberführung der Zollgrenze.

Von dem gesamten Getreideverbrauch des deutschen Volkes stammt aber nur etwa ein Sechstel aus dem Auslande.

Die Einnahme des Reiches aus den Getreidezöllen stammt also von einem Sechstel des Getreideverbrauchs.

Für die übrigen fünf Sechstel müssen die Verbraucher aber die gleichen Preisaufschläge bezahlen, wie für das aus dem Auslande eingeführte, soweit der Verbraucher sich nicht sein Getreide selbst erbaute hat.

Der Umstand, daß ein Teil der deutschen Verbraucher kein Getreide selbst baut und daher den Zollaufschlag in dieser Form nicht zu zahlen braucht, entlastet aber die übrigen Bevölkerungskreise nicht, die kein Getreide bauen.

Für den einzelnen steht die Rechnung mithin immer noch so, daß er für Getreide 3,72 Mk. in die Reichskasse zahlt und außerdem

den fünffachen Betrag an die Großgrundbesitzer als seinen Beitrag zum Schutze der nationalen Arbeit.

Zentrumspötker — moderne Raubritter.

Am 25. Januar 1907 schrieb das offizielle, einflussreiche Zentrumblatt „Trierische Landeszeitung“ eine Betrachtung über moderne Raubritter. Darin hieß es:

„Wenn auch heute keine Ritter mehr mit Harnisch, Speer und Schild in den Kampf ziehen, so ist doch der Ritterstand noch nicht gänzlich ausgestorben, fährt doch mancher Kriemhild mit „gepanzelter Faust“ drein. Das Mittelalter hat sich in seinen zwei Arten bis auf die heutige Zeit erhalten, freilich den jetzigen Verhältnissen entsprechend angepaßt, modernisiert. Noch in der Jetztzeit gibt es Ritter und Raubritter, die sich von ihren mittelalterlichen Vorfahren nur durch andere Waffen unterscheiden.“

Zu den modernen Raubrittern möchten wir jene Kolonialbeamten zählen, die nach Afrika gingen und dort die Eingeborenen nach „modern“ kaufmännischen Grundsätzen ausplündern, um sich möglichst schnell zu bereichern. Zudem sie den Schwarzen Wein und Land nahmen, und sie so auf den von ihren Vätern ererbten Schollen zu Vertikern machten, verbitrerten sie die Eingeborenen gegen die „Schutz“herren. Die Schwarzen, die nun nichts mehr zu verlieren hatten als das Leben, empörten sich in ihrer Verzweiflung gegen die „Schirm“herren, weil sie ein „Ende mit Schreden“ einem „Schreden ohne Ende“ vorzogen. So entstanden gewöhnlich die Aufstände, so auch jener Aufstand, der nun schon drei Jahre währt, das deutsche Volk 400 Millionen Mark gekostet und 2000 deutsche Soldaten in der Wüste ihrer Jugend dahingerafft hat.

Zu den neuzeitlichen Raubrittern rechnen wir jene afrikanischen Kolonialbeamten, von denen schließlich, daß sie in Ausübung ihrer Kulturmission die Neger schlimmer und grausamer behandelten als Despoten des Mittelalters ihre Sklaven.

Zu den modernen Raubrittern gehören unserer Ansicht nach auch jene Arbeiter, mögen sie nun eifrigste Krautjunker oder wechselläufige Schlotbarone sein, die in ihren Arbeiterzimmern nur Maschinen sehen, welche mit möglichst geringer Oelung, wollen sagen, mit möglichst kleiner Zählung, lang und schwer arbeiten müssen, um doch „rentabel“ zu sein; jene Arbeitgeber, die ihren Untergebenen nur halbvolles Gnaden gewähren, aber keine Rechte, wie z. B. das Koalitionsrecht, einzuräumen wollen, die vielmehr, um mit Dr. Kille zu reden, die Lehre von den Menschenrechten in die Kumpfkammer geworfen haben.

Den neuzeitlichen Raubrittern reihen wir auch ein jene Gewappneten, welche wie ihre jüngereren Vorfahren nur das unheimlichste, wehrlose Volk auszunutzen suchen, indem sie dem Reichstag zumuten, nur solche Steuererhebe zu machen, die Verbrauchsgüter gegenstände befallen, um den kleinen Mann zu treffen, jene Leute, die den Reichstag als eine Einrichtung ansehen, die rückwärts und rückwärts die Hunderte von Millionen nur so bewilligen soll, ohne zu prüfen, ob die Ausgaben nötig sind oder nicht, wenn nur sie oder ihre nähere oder entferntere geschäftliche Verwandtschaft sich auf Kosten der Steuerzahler bereichern kann.“

Heute sprechen die „Raubritter“ anders!

Wofür das schaffende Volk sich abradert.

Steinmann-Wucher hat, um der sogenannten „Finanzreform“ die Wege zu ebnen, Berechnungen über den Umfang des deutschen Volkvermögens angestellt. Dabei stellte sich die vom Verfasser nicht gewollte Nebenwirkung heraus, daß das Preisübermessen in Preußen statt der Summe von weniger als 100 Milliarden Mark, die aus den Steuerdeklarationen hervorgeht, nicht weniger als 166 Milliarden Mark beträgt. Circa 70 Milliarden Mark werden demnach der Besteuerung entzogen. Ueber diese empörende Tatsache schrieb selbst der konservative Professor Hans Leibkühn u. a. folgendes („Preussische Jahrbücher“, März 1906):

„Der öffentlichen Meinung aber kann diese Tatsache, daß die besthabenden Klassen in Preußen statt 155 Milliarden Mark nur 91,653 versteuern, nicht laut genug ins Ohr gerufen werden.“

Nach den Zahlen der amtlichen Statistik („Statistische Korrespondenz“, Nr. 40 vom 22. Oktober 1910), teilten sich in die ersten 10 Milliarden Mark

Die 6118 reichsten Leute in Preußen hatten also in sechs Jahren ihr Vermögen vermehrt

um 7500 Millionen Mark!

Diese Hundert Millionäre hatte also

jährlich 1250 Millionen Mark

Vermögen mehr angehäuft!

Da Preußen 38 Millionen Einwohner zählt, mußten aus jedem Kopf dieser 38 Millionen also 33 Mark an unbezahlter Arbeit herausgepreßt werden, um den jährlichen Vermögenszuwachs der

6118 Weltkinder

aufzubringen!

Da auf jeden Erwerbstätigen in Preußen nach der amtlichen Statistik mindestens zwei nichterwerbstätige Familienmitglieder entfallen, mußte jeder Erwerbstätige

jährlich 100 Mark

dazu besteuern, damit allein die 6118 Millionäre immer reicher wurden!

Lehrreiche Zahlen!

Zahlen zeigen, wie regiert wird! Dies Goethewort kommt einem bei der Betrachtung des Reichsbudgets für 1912 unwillkürlich in den Sinn. Sehen wir einmal zu.

Nach dem Kultururf des Reichshaushaltsetats für 1912 stehen sich die Einnahmen und Ausgaben des erdenklichen Etats mit

2686 Millionen Mark

gegenüber. Die Einnahmen sollen für 1912 zunächst durch Zölle und Verbrauchsabgaben aufgebracht werden und

1583 Millionen Mark

ergeben. Die Zölle und Verbrauchsabgaben treffen in erster Linie die große Klasse der Nichtbesitzenden, da sie auf den wichtigsten Lebens- und Verbrauchsmitteln ruhen und somit als Kopfsteuer wirken!

Die Reichsausgaben, hauptsächlich für den Militarismus und die Kolonien, sind unausgeglichen im Etage und müssen daher durch entsprechend wachsende Einnahmen gedeckt werden. Am besten und gerechtesten wäre dies durch die Einführung direkter Steuern zu bewerkstelligen. Dagegen aber sträubt sich die herrschende Klasse der Besitzenden, und da sie die Befehlsgewalt in der Hand hat, so werden die notwendigen Beiträge einfach in Gestalt indirekter Steuern der arbeitenden, nicht besitzenden Klasse aufgelegt. Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsabgaben betragen:

Table with 2 columns: Year (1878-1912) and Amount (Millions Mark). Values range from 285 to 1593.

Der Rest der Reichseinnahmen setzt sich in der Hauptsache zusammen aus den Einnahmen der

Table with 2 columns: Category (Reichspost, Reichsbank, etc.) and Amount (Millions Mark). Values range from 12 to 79.

Wie man sieht, wird fast die ganze Reichseinnahme den Taschen der besitzenden Klasse, des Proletariats, entnommen, denn auch die Ueberflüsse der Reichsbetriebe werden ja durch die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeiter herausgewirtschaftet!

Englische und deutsche Arbeiter.

Ein christliches Gewerkschaftsorgan, die „Wagewerkschaft“, schrieb im März 1908:

„Der englische, vor allem aber der amerikanische Arbeiter, ist wirtschaftlich bedeutend besser gestellt als der deutsche Arbeiter. Nun ist aber anzunehmen, daß durch die wirtschaftliche Krise auch die wirtschaftlich eingetretene Verbesserung der deutschen Arbeiter wenn nicht ganz, dann zum größten Teile wieder verloren geht. Im weiteren hat es den Anschein, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß dem Arbeiter sofort wieder genommen werden müßte, was er durch mühselige Kämpfe sich erungen hat. Erungen auf dem Wege der Selbsthilfe und durch Opfer, welche gleichfalls von jener Seite den Anlaß zu der Forderung einer höheren Besteuerung der Arbeiter abgeben mußten. Der Arbeiter, der seine Gewerkschaftsbeiträge zahlt, kann auch höhere Steuern bezahlen, so meinen sie. Hat er dann durch seine Beiträge bessere Verhältnisse geschaffen, dann kann er wieder höhere Steuern bezahlen. So reden die Leute, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile mittellos in den Schoß wirft, ohne persönliche Opfer. So die Verdrängung vorliegt, wollen wir nicht unteruchen, wir meinen aber, gerade diese Verdrängten hätten besonderen Anlaß zur Veracht gegenüber dem wirtschaftlich Schwächsten, dem Arbeiter.“

Diese Erkenntnis hält die christlichen Arbeiter nicht ab, denjenigen Parteien nachzulassen, die unabsichtlich mitwirken an der Verelendung des Volkes durch indirekte Steuern, und so, wie das christliche Gewerkschaftsblatt sagt, dem Arbeiter sofort wieder nehmen, was er durch mühselige Kämpfe sich erungen hat. Das Zentrum bereitet heute in seiner gesamten Wahlkategorie den Arbeitern, daß es ihnen über die Nutzen gut ergehen, weit besser als den englischen und amerikanischen Arbeitern, und daß bisher die deutschen Arbeiter an Steuern noch viel zu wenig, daß aber die Reichen bislang viel zu viel gezahlt hätten. Und es gibt trotz alledem immer noch Arbeiter, die Zentrum wählen!

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung.

Lothdrige Mehrheitsarbeit im Reichstag.

In ihrer Nr. 1827 schrieb die „Allniedliche Zeitung“ über die Art der Eileidigung der Privatbeamtenversicherung im Plenum des Reichstags wörtlich folgendes:

Zur Reform der Berginspektion.

Klage der gemäßigten Sicherheitsmänner von Zeche Dorffeld vor dem Landgericht.

Schon fünf Vierteljahre liegt der Vorfall zurück, der zu der Klage der beiden Sicherheitsmänner Widel und Arndt gegen die Zeche Dorffeld bei Dortmund führte. Weil ihnen Mitteilungen darüber zugewiesen waren, daß diese schädliche Lampen mit in die Grube gegeben würden, hielten die sämtlichen Sicherheitsmänner der Zeche eine Konferenz ab und beschloßen, über die Lage eine Revision der Lampen vorzunehmen. Der Zeche teilte man davon nichts mit, weil angenommen wurde, daß dann die Revision bestellt würde.

Die Kontrolle geschah am 17. Oktober 1910 bei der Abgabe der Lampen. Die Sicherheitsmänner untersuchten die Lampen, hoben sie in die Höhe, probierten, ob der Sturz fähig usw. Sie fanden auch eine Anzahl auf verdrängte Art beschädigte Lampen und sie beantragten deren Abgabe. Am Tag vor den betreffenden Arbeitern der Fehler bekannt gewesen, zum größeren Teil nicht. Die Verhandlung der Kontrolle wurde den Sicherheitsmännern verboten, als dem Betriebsführer Mitteilung gemacht wurde.

Widel und Arndt, zwei der Sicherheitsmänner, wurden am 23. Oktober, also erst eine Woche nach dem Vorfall, von der Zeche entlassen, mit dem Bemerkten, daß sie durch die Lampenkontrolle ihre Befugnisse über die Grube hätten. Später kam die Rechtsprechung hinzu, daß die beiden Sicherheitsmänner absichtlich Lampen beschädigt hätten. Ausreißend war bei der Schwere der Beschuldigung, daß die Gemäßigten nach weiteren drei Wochen, am 12. November, wieder von der Zeche angelegt wurden, allerdings in einer anderen Zeche abgeleitet, so daß man sie nicht mehr als Sicherheitsmänner zählte.

Auf die Klage vor dem Berggewerbegericht hin vernahm die bekannte Kammer in Dortmund circa 15 Zeugen und lehnte dann die weiteren Vorträge der Kläger ab. Die Klage wurde zurückgenommen, da alle erzielten angenommen wurde, daß die Kläger die betreffenden Lampen vorzeitig beschädigt hätten.

Das Landgericht, das sich nach einiger Verurteilung dann mit der Sache zu befassen hatte, vernahm das Jahr 1910 hindurch bedeutend mehr Zeugen wie die Kammer der Berggewerbegericht. Von den circa 30 Zeugen haben wirle bezeugt, daß sie schädliche Lampen gehabt haben, sowohl vor wie nach der Revision durch die Sicherheitsmänner. Ein Teil dieser Zeugen hat die Schäden gemeldet, worauf dann auch die fehlerhaften Lampen wieder mit in die Grube gegeben wurden. Andere Zeugen bezeugten, daß eine Schmiergelderwirtschaft bestanden habe. Wer Geld oder Geschenke gab, bekam solange bessere Lampen. Einige von der Zeche beigebrachte Zeugen bezeugten, daß sie lange Jahre auf der Zeche Dorffeld gearbeitet und immer gute Lampen bekommen, daß sie auch nie von anderen Bergleuten Klagen über schlechte Lampen gehört hätten. Daß keine solchen Zeugen gestellt werden könnten, war natürlich auch nicht von den Klägern bestritten worden.

Von all den Arbeitern, die bei dem Vorfall zugegen waren und die als Zeugen gehört wurden, konnte keiner bezeugen, daß die Kläger die Lampen beschädigt haben, bis auf einen, der unter die Angaben einiger Bechenbeamten verfuhr. Dieser Zeuge war aber mit Widel sehr befreundet und er hatte sich auch schon geäußert, daß er sich als Zeuge machen und dem Sicherheitsmann „einen Frieden“ wolle. Später hat der Zeuge, wie unter Verweis gestellt wurde, erklärt, es sei ihm gar nicht eingefallen, eine Lampenbeschädigung durch den Sicherheitsmann zu behaupten. Viele Zeugen bezeugten, daß sie es hätten sehen müssen, wenn die Kläger eine Beschädigung an den Lampen vorgenommen hätten.

Ein Zeiger und der Lampenmeister wollten allerdings gesehen haben, wie mit dem Taunen gegen die Lampenbesitzer gedrückt und so Schäden hervorgebracht worden seien.

Verdrängend wurde auch versucht, die Sache auf das politische Gebiet zu schieben und den alten Verband und die Sozialdemokratie für die behauptete Tat verantwortlich zu machen.

Als Sachverständiger wurde vom Landgericht der Oberbergat Overhuhn in Dortmund vernommen. Von Interesse ist die Form der dem Gutachter vorgelegten Fragen:

„Ob die vorgefundenen Schäden schon vor dem fraglichen Tage vorhanden gewesen sein müssen, ob es nämlich ganz ausgeschlossen ist, daß dieselben von den Klägern bei der Untersuchung absichtlich mit einem Druck durch den Taunen herbeigeführt sein können, da eine in ordnungsmäßigem Zustande befindliche Lampe einen solchen Druck unbedingt aushalten muß,

oder ob aus der ganzen Beschaffenheit der Mängel klar hervorgeht, daß die Schäden absichtlich von den Klägern gemacht sind,

ob die bei der Verfestigten Anzahl Lampenmeister nicht ausreicht, die Lampen für 1500 Mann Bergwerkskraft in Ordnung zu halten, ob vielmehr hierfür mindestens 25 Lampenmeister notwendig sind.“

Der Gutachter kam zu dem Schluß, daß die Kläger die Lampen absichtlich so beschädigt haben mußten!

Die Zeche erklärte schlammweg: Daraus, daß die Kläger die Revision nicht in Begleitung eines Beamten vorgenommen hätten, „ergebe sich ihre Absicht, Mängel zu konstatieren.“

Der Oberbergat hielt jeden Zweifel für ausgeschlossen, daß die Kläger die Lampen absichtlich beschädigt hätten, weil — ähnliche Schäden an Lampen noch nicht bemerkt worden seien. In dem Gutachten heißt es u. a.: „Bei meinen zahlreichen Versuchen habe ich indessen keinen Sturz gefunden, dessen Tadel einem mit dem Taunen von untenher ausgeübten Druck widerstehen konnte.“ Der Schluß des Gutachters lautet: „Die vorgefundenen Mängel sind vor der fraglichen Revision am 17. Oktober 1910 nicht vorhanden gewesen; es ist keineswegs ausgeschlossen, daß dieselben von den Klägern absichtlich mit einem Druck durch den Taunen herbeigeführt sein können. Keine Lampe kann einem solchen Druck widerstehen, selbst wenn sie sich in ordnungsmäßigem Zustande befindet. Aus der ganzen Beschaffenheit der Mängel und der Zeugnisaussagen geht vielmehr klar hervor, daß die Schäden absichtlich von den Klägern gemacht sind. Die bei der Verfestigten Anzahl Lampenmeister reicht aus, die Lampen für 1500 Mann Bergwerkskraft in Ordnung zu halten.“

Der Lampenmeister war ein wenige Monate vor der Revision durch die Sicherheitsmänner von der Zeche übernommen worden, weil die Lampenkläger nicht gut gereinigt waren!

Am 10. Januar d. J. kam die Sache endlich am Landgericht zur Entscheidung. Der Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Elias, erklärte in der Verhandlung die Aussagen der Bechenbeamten für sehr bedenklich. Wenn die Zeugen gesehen, was sie bezeugt hätten, wären sie zweifellos gleich eingeschritten. Das liege doch klar auf der Hand. Viel später seien diese Zeugen erst mit ihren Angaben gekommen. Und der Lampenmeister habe doch ein großes Interesse daran gehabt, gleich darauf zu sorgen, daß die Zeche rein dächte. Aber nicht einmal die Nummern der Lampen und die Namen der betreffenden Arbeiter seien von den Beamten notiert worden. Durch einen Lokaltermin müßte eventuell festgestellt werden, ob es den Beamten überhaupt möglich gewesen sei, ihre betrieblichen Beobachtungen zu machen. Es sei auch immer noch kein Grund für die beschuldigte Handlungsweise gegeben worden. Es wäre doch die größte Dummheit gewesen, vor allem Welt absichtlich Lampen zu beschädigen.

Der Rechtsanwalt behandelte dann die Angaben der Zeugen über die schlechte Lampenwirtschaft. Einem Arbeiter war ein Stein auf die Lampe gefallen, so daß der Sturz ein Loch erhielt. Trotz der Melddung in dem Arbeiter zu der folgenden Schicht dieselbe beschädigte Lampe wieder eingeschickt worden. Erst auf seinen Protest hin bekam er eine andere Lampe. Ein anderer Zeuge hat seine beschädigte Lampe trotz Meldung an den Lampenmeister noch dreimal mitbekommen. Der Arbeiter hat sich deshalb von einem Schlepper eine andere Lampe geholt. Zwei Arbeiter sahen, daß ihre Lampen offen waren und sie gaben sie gleich bei der Ausgabe wieder zurück. Ein anderer Zeuge hatte mit der Sache aus Versehen ein Loch durch beide Körbe (1 Zentimeter Durchmesser) der Lampe geschlagen. Zur nächsten Schicht wurde ihm die Lampe in demselben Zustande wieder ausgehändigt! Auf den Einspruch hin wurde der Schaden dann abgestellt. Wieder anderen Zeugen ist auf ihre Widersprüche hin erklärt worden, es seien keine anderen Körbe vorhanden! Einem Kumpel fiel die Lampe gleich nach der Ausgabe völlig auseinander. Ein hinzukommender Bechenbeamter sammelte die Teile und trug sie in die Lampenkammer.

Dr. Elias griff das Gutachten des Oberbergats scharf an. Er protestierte gegen die Form der dem Gutachter gestellten Fragen. Der Gutachter solle lediglich der Gehilfe des Richters sein, er solle die nötige Unterlage schaffen, aber nicht gleich entscheiden. Der Oberbergat sei auch gar nicht geeignet zum Gutachten bei der Frage. Es handle sich doch um die Beschaffung, daß Schäden in der Lampenwirtschaft beständen. Die Zeche werde verurteilt

vom Bergwerksbeamten und dessen Vorgesetzter sei wieder der Oberbergamt. Es sei doch der Vorwurf gemacht worden, daß die Behörden bis zum Oberbergamt die Aufsicht zu lax ausgeübt hätten...

Der Beweis, daß die Kläger die Lampenröhre beschädigt hätten, sei absolut nicht geführt. Um festzustellen, ob gute Lampenröhren mit dem Daumen am Deckel eingedrückt werden können...

Die Frage sei, ob die dem Gericht vorgelegten Lampen dieselben und ob sie noch in dem gleichen Zustande seien, wie nach der Revision. Ein Zeuge habe in bezug auf die Lampe an seiner Lampe nachträglich größere Schäden festgestellt...

Der Rechtsanwalt erklärte zum Schluß, er habe absichtlich verwehrt, auf die vorgebrachten politischen Motive einzugehen, werde es die Gegenpartei aber tun, dann werde er ausführlich nachweisen, daß nicht die Kläger, wohl aber andere Leute ein Interesse an einer absichtlichen Beschädigung der Lampen gehabt hätten.

Der „Demokrat“ Köln, der Rechtsbeistand der Zeche, erklärte, 95 Prozent des von Dr. Elias vorgebrachten habe nicht zur Sache gehört. Dem Verleibiger habe es auch nicht, daß das Landgericht den Beweis über die Lampenröhre zugewiesen habe...

Der Rechtsanwalt Köln war gerade so logisch in seinen Schlüssen, als der Gutachter. Weil keine ähnlichen Beschädigungen beobachtet worden sind, „müssen“ sie von den Klägern herrühren!

Gegen den früheren Steiger Werner als Gutachter ist der „Demokrat“ Köln deshalb, weil Werner die „Anweisung für die Sicherheitsmänner“ geschrieben habe, die „nicht objektiv“ sei.

Rechtsanwalt Dr. Elias machte seinem Kollegen Köln das Kompliment, daß sich dieser im Laufe des Prozesses eine beneidenswerte Fertigkeit, Korbedel einzudrücken, angeeignet habe. Elias erklärte, die betreffenden Röhre seien aber in allen Fällen gewesen. Schon weil die Röhre nach Anzündung der Lampen heiß würden, sei es unmöglich, daß an guten Röhren die Deckel mit dem Daumen aufgedrückt werden könnten.

Die Broschüre über die „Aufgaben der Sicherheitsmänner“ wurde von den Klägern dem Gerichtspostboten überreicht. Dagegen, daß sie bald darnach vom Bergamtsrat Trippel eifrig studiert wurde, protestierten die Kläger, worauf Trippel das Best wieder zurückgab.

Dr. Elias bemerkte, zwischen Uebereifer und einer absichtlichen Lampenbeschädigung sei auch noch ein weiterer Weg. Aus der Tatsache, daß die Zeche die Kläger wieder angelegt, daß sie gar nicht einmal ein Verfahren gegen sie eingeleitet habe, gehe schon indirekt hervor, daß sie an die Beschuldigungen nicht glaubt habe.

Der Kläger Wickel erklärte mit bewegter Stimme, es werde mit verzerrten Behauptungen operiert. Erst zwei Tage nach der Revision sei er vorgeladen worden. In ein paar Tagen habe viel mit den Klägern gesprochen können, das müsse gesagt werden. Er sei seit 1886 Bergmann, habe auf manchen Zechen gearbeitet und habe nie das allergeringste zuzuschulden kommen lassen.

Die Verurteilung der Kläger wurde zurückgewiesen. Die Bergarbeiter werden ja große Mühe haben, Urteil und Zeugenaussagen in Einklang zu bringen. Es sei denn, daß ein Oberbergamt und zwei Zechenbeamte gleich Zeugende von den Zeugen des Klägers anwiegen müßten.

Berminderung der Grubenunfälle.

Vor zwei Menschenaltern kamen Bergwerksingenieure von England nach Preußen, um zu untersuchen, warum in den preussischen Gruben absolut und verhältnismäßig bei weniger Menschen getötet würden wie in den englischen. Damals war bei uns das altbewährte, die Bedenklichkeit und die Sicherheit der Arbeiter berücksichtigende Zeichenbetriebsystem (Schichtensystem), das bei den Doppelarbeiten, möglichst wenig Ueberwachten, Festhaltung eines human bemessenen Normaltempo usw., noch nicht ganz über Bord geworfen.

Heute ist es genau umgekehrt! In England haben sich die Bergarbeiter, unterstützt durch Menschenfreunde aus Nichtarbeitertreuen, aus ihrem Elend emporgeworfen, die Gesetzgebung zog der schamlosen Ausbeutung Schranken und besonders die sehr hart gewordene Bergarbeiterorganisation zwang die Grubenbesitzer zur Anerkennung der Menschenwürde des Arbeiters.

die Zahl der Bergarbeiterverunglückungen in Preußen-Deutschland mehr als doppelt so hoch wie in England!

Mit welchem Erfolg man in England die Gruben-sicherheit erhöht hat, lehren die amtlichen Listen über die vorgekommenen Todesfälle. Es sind in den englischen Kohlenruben von 1000 Mann Belegungsdichte getötet worden:

Table with 5 columns: Year, Deaths by explosion, Deaths by stonefall, Deaths by other causes, Total. Rows for 1878/82, 1888/92, 1903/1002, 1902/10.

Am geringsten ist die durch Stein- und Kohlenfall (überall die Hauptursache der Verunglückungen) verursachte Todesziffer verringert worden. Sie machen allein 50 Prozent aller Todesfälle aus.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Verband des Stahlwerksverbandes 1907-1911.

Die günstige Geschäftslage in der Montanindustrie zeigt sich besonders in den bei unbilligsten des Stahlwerksverbandes. Im Jahre 1911 gestaltete sich der Absatz in produzierten A wie folgt (in Tonnen):

Table with 5 columns: Month, Pig iron, Railway material, Cast iron, Total production. Rows for Jan to Dec 1911.

Der Gesamtverband des Jahres 1911 verglichen mit den Vorjahren ergibt folgendes Bild (in Tonnen):

Table with 5 columns: Year, Pig iron, Railway material, Cast iron, Total production. Rows for 1907, 1908, 1909, 1910, 1911.

Hiernach hat sich der Gesamtverband nach dem plötzlichen Rückgang in 1905 von 1909 ab ständig gehoben; die Höchstziffer im Jahre 1907 ist im abgelaufenen Jahre nicht nur erreicht, sondern überschritten worden.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Sturmstunde!

Unter diesem Titel läßt die deutsche „Industriebeamten-Zeitung“ noch in der letzten Stunde einen dringenden Ruf an alle Angehörigen ergehen, bei den Reichstagswahlen bis auf den letzten Mann für das bedrohte Koalitionsrecht einzutreten.

Nicht ohne drohende Vorzeichen hat das Jahr 1911 von uns Abschied genommen. Der nach der Erledigung der Reichsversicherungsordnung und des Rentenversicherungsrechts sozialpolitische Windstille erwartete, der hat sich bitter geläutert; nur kurzschichtig konnte die einstimmige Annahme des Rentenversicherungsgesetzes die Wegentzündung aller allgemeinen sozialen Verödungen vorkaufen.

Für den sozialpolitischen Eingeweihten war es schon längst kein Geheimnis, daß unsere Schwarzmachertreue nach einer Einschränkung, wenn nicht gar nach der Beseitigung der Koalitionsfreiheit trachten; daß sie im Offenen und Geheimen wüthten, um Regierung und gesetzgebende Körperschaften für ihre dunklen Pläne zu gewinnen.

Der Artikel geht dann näher auf die bekannten Koalitionsrechtsdebatten im sächsischen Landtage ein, die den klaren Beweis erbracht hätten, daß man die Koalitionsfreiheit auf dem Umwege über den sogenannten Arbeitswilligensschutz zu beschränken beabsichtigt.

Moral der Zentrumspreffe.

Die Zentrumspreffe darf verleumben, beschimpfen, tauschweigen, lehren der Jesuitenprovinzial Ghiondano, aus dessen Buch: „Der katholische Journalismus“ (vom Papst am 30. Dezember 1909 „voll gebilligt“) die „Tägliche Rundschau“ folgende Auszüge gab:

„Gute Eigenschaften eines bösen Schriftstellers dürfte man zwar nicht ablenken, aber man dürfe sie nicht weigern, denn diese Ungläubigen hätten kein Recht darauf, daß man ihre guten Sitten lebe.“ (Seite 92.)

Statt einzelne Zeile oder Seiten zu loben, sollte man lieber ein Gesamturteil abgeben, das bei einem hohen Schriftsteller einer Beurteilung gleichkommen müsse. (Seite 88, 84.)

Oder man betone nur die schlechten Seiten, damit niemand ihn zu lesen wage. (Seite 85.)

Es komme aber hauptsächlich darauf an, solchen Autoren keine Ehre und Ansehen bei den Lesern zu verschaffen. (Seite 88.)

Zeitlicher könne man immer angreifen. (Seite 84.)

Man nehme keine allzu große Rücksicht auf den Gegner, Heul- und Klage (hängt man eher durch allzu große Lauheit und Kleinmütigkeit. (Seite 87.)

Den Irrenden sollte man zwar vom Irrtum unterscheiden, aber man könne unmöglich den Irrtum gut belächeln, ohne daß dessen Wahrheit, Richtigkeit, Distinktion auf den Irrenden mitfällt. Das sei seine Schuld. (Seite 91.)

Gegenüber den arrogantem Gegnern der Kirche geht keine Beschimpfung (vituperio) über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht. (Seite 92.)

Der heilige Franz von Sales sagt: Die offenen Feinde Gottes muß man verschreien (diffamare), so viel man kann. (Seite 92.)

Daß nach diesen Lehren in der Zentrumspreffe gehandelt wird, findet man durch Zentrumsstimmen bestätigt. Es war im August 1908 auf der Generalversammlung des Augustinusvereins der Zentrumspreffe in Düsseldorf, wo Herr Justizrat Dr. Julius Bachem von der „Kölnischen Volkszeitung“ mit Bezug auf die Zentrumspreffe u. a. folgendes sagte (Offizieller Bericht in Nummer 70 des „Augustinusblattes“ 1902):

„Als das an Dienstjahren vielleicht älteste Mitglied der katholischen Presse Deutschlands muß ich leider sagen, daß die Religion aus geschäftlicher und persönlicher Polemik in derselben weiter verbreitet ist, als man im Interesse der Würde und des Ansehens unserer Presse wünschen möchte. Nur zu oft wird, wenn man sich sachlich nicht zu helfen weiß, zu allerhand Insinuationen (Unterstellungen, Verdächtigungen. Die Red.) gegriffen. Es gibt nichts Verbittebeneres, als diese Manier, die übrigens nicht bloß in der Tagespresse sich bemerkbar macht.“

Wachums Ausführungen sollen in Wirklichkeit noch viel schärfer gelautet haben, als sie in dem offiziellen Bericht erschienen. Der „Kölnische Anzeiger“, fernerzeit Vorsitzender der rheinischen Abteilung des Bundes der Landwirte, behauptete in einer Bundesversammlung in Köln am 21. Dezember 1902, Bachem habe gesagt:

„Keine Presse steht so niedrig da, in keiner wird so geschäftig geküßt, wie in der Mehrheit der Zentrumspreffe, die da, wo die Gründe verlangen, zur persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung greift. In der persönlichen Beschimpfung und Verdächtigung wird die katholische Presse von keiner anderen Presse übertraffen.“

Im Zentralorgan der katholischen Weltanschauung Bayerns, der „Theologisch-katholischen Monatschrift“, heißt es auf Seite 302, 1911:

„Man sehe nur das Röhre, raffiniert Verleumende in der Presepolemik, die islamische Lüge und das niederträchtige Totschweigen gelehrter Werke und Personen, die nicht zur Partei gehören, andererseits das Sinauflören kläglichster Wundworte von Freunden. Die katholische Presse ist hier nicht besser, vielmehr noch schlimmer, als die gemäßigtere.“

Die Zentrumspreffe bemüht sich ehrlich, dem letzten Ausspruch gerecht zu werden.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1911.

In seinem Rückblick auf das Jahr 1911 stellt das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands“ eine gewaltige Mitgliederzunahme der freien Gewerkschaften fest. Am Jahresende 1910 betrug die Mitgliederzahl 2 128 021. Nach den zuletzt vorliegenden Abrechnungen, die sich zum großen Teil auf das 3. Vierteljahr, zum kleineren auf das 2. Vierteljahr 1911 erstrecken und die durch die Angaben der Arbeitslosigkeitsstatistik der Fachverbände im „Reichsarbeitsblatt“ ergänzt werden, war in 49 von 51 angeschlossenen Verbänden die Mitgliederzahl auf 2 378 034 angewachsen.

Ein Mehr von über 200 000 Mitgliedern in einem Jahre und von nahezu 500 000 in den beiden letzten Jahren, das ist sicherlich ein Ergebnis, mit dem die Gewerkschaften zufrieden sein können. Wenn es auch nicht ganz gelungen ist, die Zahl von 2 1/2 Millionen Mitgliedern zu erreichen, so dürfte doch diese Höhe schon in den nächsten Monaten überschritten sein und dann geht es unaufhaltsam weiter auf die dritte Mitglieder-Million zu, die sicherlich das Jahr 1913 bringen wird.

Einen großen Anteil an diesem Erfolg schreibt das „Correspondenzblatt“ den großen Industrieverbänden zu, von denen der Bauarbeiterverband um 68 650, der Metallarbeiterverband um 68 620, der Transportarbeiterverband um 45 288, der Fabrikarbeiterverband um 29 069, der Holzarbeiterverband um 18 117 und der Textilarbeiterverband um 11 689 Mitglieder zunahmen.

Über nicht unerwähnt darf bleiben, daß auch eine ganze Reihe anderer Verbände, so die Blumenarbeiter, Gemeindegewerkschaften, Fleischer, Handlungsgesellen, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Eisenarbeiter, um mehr als 20 Prozent an Mitgliedern zugenommen und dadurch ganz wesentlich zu dem Erfolge des verflochtenen Jahres beigetragen haben. Insbesondere aber mühen die starken Mitgliederzunahmen der erst-jüngst verschmolzenen Verbände der Bauarbeiter und der Transportarbeiter, als ein erfreuliches und auszeichnendes Symptom bezeichnet werden, das sicherlich in allen Gewerkschaftstreffen starke Beachtung verdient. Diese Entwicklung gibt uns die Bestätigung, daß die Verschmelzung der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden, deren weitere ja noch in der Tabakindustrie und in der keramischen Industrie bevorstehen, ein Fortschritt sind auf dem Wege zur Organisation der Massen der Arbeiterkraft.

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“.

Das älteste deutsche Gewerkschaftsorgan, hat mit dem 1. Januar seinen 50. Jahrgang begonnen. Zugleich begeht der „Korrespondent“ ein Jubiläum insofern, als am 3. Januar 40 Jahre verlossen waren, seitdem das Blatt in die eigene Regie des Buchdruckerverbandes übernommen wurde. Vorher war der „Korrespondent“ Eigentum des Leipziger Fortbildungsvereins gewesen; er galt aber schon seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1866 als dessen Organ.

Zwei Jubilare.

Zwei deutsche Gewerkschaften konnten am 1. Januar Rückblick anstellen, die eine über eine Periode von 30, die andere über eine solche von 10 Jahren. Am 18. Juli 1871 tagte in Leipzig der erste Kongress der deutschen Arbeiter, auf dem die Gründung des Verbandes der Arbeiter in der Buchdruckerei erfolgte, der am 1. Januar des folgenden Jahres seine Tätigkeit aufnahm. Waren schon auf dem Kongress 32 Orte durch ehrenvolle Delegierte vertreten, so konnte die Organisation bald 2000 Mitglieder umfassen. Bald folgten die Verfolgungen der Unternehmer ein, die da hofften, mit einer großen, 1400 organisierte Arbeiter betreffenden Ausperrung die junge Organisation lahm zu legen. Doch schlugen ihre Hoffnungen fehl. Obenbenannt gelang es den führenden Vertretern unter dem Sozialistengesetz, dem Verband

von ihm begangene „Schönheitsfehler“ ausreizen müssen. Und noch ist die Reichsversicherungsordnung keineswegs ein Mustergesetz. Was die Höhe und Beschaffenheit beantragten und begründeten, das war wirklich die

Die Vertreter der Versicherung in der Generalversammlung (Knappschlichter), im Vorstand der Knappschlichter müssen in gleicher Weise von welchem Papier sein. Die Größe bestimmt der

Damit wäre die geheime Wahl besser geschützt und den Knappschlichter wäre ausnahmslos das passive Wahlrecht wieder gegeben worden! Dieser arbeiterfeindliche Antrag wurde von dem

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Seine Exzellenz Herr Vogel. Der Herr Betriebsinspektor Feldhoff wird sich freuen, wenn seine Kalen mal wieder der Öffentlichkeit angeteilt werden. Herr B. ist in den Reihen der Betriebsinspektoren noch ein

Seine Exzellenz Herr Vogel. Nach der persönlichen Ansicht des Betriebsinspektors Zimmermann sind hier keine nennenswerten Mißstände vorhanden und wenn Unregelmäßigkeiten von den Sicherheitsmännern festgestellt werden, dann sind ihm diese durch eigene Überzeugung schon

Grube Luise. Auf dieser Grube herrschen schlechte Arbeitsverhältnisse. Es bedarf der größten Schärfe, wenn die Kameraden bei den jetzigen Bedingungen 5,50 M. herauszuschlagen wollen. Die Mannschafts-

bauen nicht, liegt auf der Hand. Dann sagt sich der Vernünftige, jetzt ist es alle, ich sehe auch zu, wo ich stehen bekommen kann und lasse

Seine Exzellenz Herr Vogel. Auf dieser Grube stehen die Gelben in hohem Ansehen. Sie dürfen tun, was sie wollen, in der Grube ihre

Seine Exzellenz Herr Vogel. Nach der persönlichen Ansicht des Betriebsinspektors Zimmermann sind hier keine nennenswerten Mißstände vorhanden und wenn Unregelmäßigkeiten von den Sicherheitsmännern festgestellt werden, dann sind ihm diese durch eigene Überzeugung schon

Oberbergamtsbezirk Bonn. Grube Luise. Auf dieser Grube herrschen schlechte Arbeitsverhältnisse. Es bedarf der größten Schärfe, wenn die Kameraden bei den jetzigen Bedingungen 5,50 M. herauszuschlagen wollen. Die Mannschafts-

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen. Grube Margarethe bei Epenhain. Ein Musterpütt der schönsten Güte scheint diese Grube zu sein. Fortgesetzt führt die Belegschaft

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund. Ergebnisse der Reichstagswahlen. Die Reichstagswahlen am 12. Januar haben mit einem glänzenden Erfolg der sozialdemokratischen Arbeiterpartei geadet. Einzigartig

wahlen statt. Unter den Gewählten befinden sich 60 Sozialdemokraten, 81 Zentrumsteute, 27 Konservativen, 14 Polen, 5 Reichsparteiler, 4 Wirtschaftsbereiter, 4 Nationalliberale, 4 Eisach-Rohrbringer, 1 Däne, 1 Wilder.

Table with 4 columns: Party Name, 1907, 1912, and an unlabeled column. Rows include Sozialdemokratische Partei, Zentrumspartei, Nationalliberale Partei, etc.

Bei den Wahlen im Jahre 1907 erhielt die sozialdemokratische Arbeiterpartei im ersten Wahlgang nur 20 Mandate; in der Stichwahl

Reichsverband Pragis. Der „Vorwärts“ veröffentlichte am 4. und 5. Januar eine große Anzahl Schriftstücke, welche einen Einblick gewähren in die Selbst-

Streng vertraulich. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beschäftigt demnächst die Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen auf-

Zu diesem Zwecke wird sich Herr Erich Herbst als Bevollmächtigter des Reichsverbandes erlauben, bei den unserem Verein angeschlossenen

Am 17. Februar 1911 schrieb Garmjen an Geyer, er finde Geyers Zumutung, ihm 80 Mark zu senden, wiederum unerhöht. Am 23. März

Am 17. Mai teilte Garmjen dem Geyer mit, daß der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von dem Arbeiten seiner Agenten nicht er-

Die Folge dieser Durchkreuzungsarbeit des Reichsverbandes war, daß Anfang Juni 1911 Garmjen eine „neue Sache“ ausgeklügelt hatte;

Trotz der reichlich fließenden Gelder und Provisionen fand Geyer aber kein rechtliches Auskommen; das geht aus den folgenden Briefen

„Was haben Sie nur fortgesetzt mit Ihrer Wirin? Kaum ein Schreiben“ erhalte ich, in welchem Sie nicht von Wohnungsalamantik

Am 4. Juli klagte Garmjen wieder, daß in Köln seine Arbeit von Vorstandsmitgliedern des Reichsverbandes unterminiert werde,

Zwischen wurde Garmjen von Geyer mit „ewigen Geldforderungen“ kopflos gemacht. Am 6. Juli empfiel Garmjen dem Geyer in einem anderen Schreiben, sich vom Regierungsdirektoren in Köln,

Wegel Heimfeld: Alversdorf 44,00, Barneberg 44,00, Wolmire...

Wegel Dugau: Barnsdorf 170,10, Erbach 180,50, Gersdorf...

Wegel Gangerhausen: Altdorf 245,00 (4,25), Amdorf 135,00...

Wegel Genslerberg (für Oktober): Mäcken 88,00, Schönborn...

Wegel Waldenburg: Altdorf 291,00 (2,25), Dittersbach...

Wegel Jelt-Dorna: Ailendorf 180,00, Bornitz 220,50, Dörr...

Wegel Jelt-Dorna: Stenn 96,00, Rüssen St. Jacob 281,70, Wölfen...

Wegel Jelt-Dorna: Stenn 52,90 (5,-) Wl., Rölln 842,90...

Beiträge für den Streikfonds: Oberhausen II 10,-, Gertrichsburg 25,-, Gollhausen bei Mülheim...

Briefkasten.

Es. Resse. Können wir nicht bringen. - F. S. Göttrich. Kann in der Post nicht gebracht werden...

Verbandsnachrichten.

Reichstagesrat und Arbeiter. Die dem Bureau des Bergarbeiterverbandes mitgeteilt wird, sind 24 Mann von Hermann II. Groß-Müden...

daß die Kalkwerksbesitzer in solchen Fällen verpflichtet sind, einen hieraus entstehenden Schaden...

Kameraden, hieraus ist zu ersehen, daß diejenigen, die noch außer Arbeit stehen, bis zur Dauer von 28 Wochen...

An unsere Verbandsmitglieder. Wir nehmen Bezug auf unsere Mitteilung an dieser Stelle in Nr. 49 des vergangenen Jahres...

Gesucht! In der Untertafel des Kameraden Karl Hofmeister, wohnhaft in Dortmund...

Stempel II. Für den Stempel Stempel-Dorf der Poststelle Stempel II, umfänglich 50 Mitglieder...

Bibliothek. Gollhausen-Str. 16. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Gustav Jung...

Revisionskommission. In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten...

Krankunterstützungs-Auszahlung. Unter Vorlegung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden...

Krankspendemarken. In folgenden Zahlstellen werden Krankspendemarken à 10 Pf. gefolgt: Beckhausen. Für Monat Januar...

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage. Oranitz, Reichsberg. Jeden Sonnabend nach dem 15. des Monats, abends 8 Uhr...

Heide. Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bödemann, „Zur Sonne“...

Heide. Abends 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bödemann, „Zur Sonne“...

Jeden Sonntag nach dem 20. des Monats: Groß-Müden. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Grotz...

Jeden dritten Sonntag im Monat: Werd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schwanke...

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats: Altdorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Döring...

Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats: Altdorf. Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Döring...

Sonntag, den 21. Januar 1912: Werd. Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schwanke...

Zur gest. Beachtung! H. Hansmann & Co. in Bochum. Wir empfehlen ein von einem Juristen verfasstes und von dem Vorstande herausgegebenes Schriftchen: Verfahren vor dem Berg-Gewerbegericht...

Futterale. H. Hansmann & Co. in Bochum. Haben wir anfertigen lassen und können durch die Zahlstellenverwaltungen und Zeitungsböden bezogen werden. Preis pro Stück 10 Pf.

Kosmos Gesellschaft der Naturfreunde. Nur Mark 4,80 Mitgliedsbeitrag. Der Kosmos bietet seinen Mitgliedern jährlich 5 umfangreiche, mit vielen Bildern ausgestattete Werke...

Die Bochumer Gewerkschafts-Bibliothek. In geöffnet jeden Sonntag, von 11 Uhr bis 1 Uhr, und jeden Mittwoch, abends von 7 bis 9 Uhr...